

Besondere Vertragsbedingungen zur Vermeidung von Kinderarbeit

Auftragnehmer und Unterauftragnehmer sind verpflichtet, bei der Ausführung des Auftrages die Vorschriften einzuhalten, mit denen die Kernarbeitsnorm 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in nationales Recht umgesetzt worden ist.

Maßgeblich sind dabei die Vorschriften des Landes, in dem der Auftragnehmer oder seine Unterauftragnehmer bei der Ausführung des Auftrages jeweils tätig werden. Handelt es sich dabei um ein Land, das die Kernarbeitsnorm 182 nicht ratifiziert oder nicht in nationales Recht umgesetzt hat, so sind Auftragnehmer und Unterauftragnehmer verpflichtet, diese dennoch einzuhalten.

Dies bedeutet, dass bei der Gewinnung oder Herstellung der zu liefernden Ware keine Kinderarbeit in ihren schlimmsten Formen entgegen dem Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1291) und dem Übereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung vom 19. Juni 1976 geleistet wird.

Im Sinne dieses Übereinkommens umfasst der Ausdruck „die schlimmsten Formen der Kinderarbeit“:

- a) alle Formen der Sklaverei oder alle sklavereiähnlichen Praktiken, wie den Verkauf von Kindern und den Kinderhandel, Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft sowie Zwangs- oder Pflichtarbeit, einschließlich der Zwangs- oder Pflichtrekrutierung von Kindern für den Einsatz in bewaffneten Konflikten;
- b) das Heranziehen, Vermitteln oder Anbieten eines Kindes zur Prostitution, zur Herstellung von Pornographie oder zu pornographischen Darbietungen;
- c) das Heranziehen, Vermitteln oder Anbieten eines Kindes zu unerlaubten Tätigkeiten, insbesondere zur Gewinnung von und zum Handel mit Drogen, wie diese in den einschlägigen internationalen Übereinkünften definiert sind;
- d) Arbeit, die ihrer Natur nach oder aufgrund der Umstände, unter denen sie verrichtet wird, voraussichtlich für die Gesundheit, die Sicherheit oder die Sittlichkeit von Kindern schädlich ist.

Unter den Begriff der Unterauftragnehmer fallen alle Unternehmen, die an der Herstellung oder Gewinnung der vertragsgegenständlichen Ware beteiligt sind.

Die Einhaltung der Mindeststandards aus der vorgenannten ILO-Norm ist durch Verpflichtungserklärung mit Formblatt „ILO 182 Stadt Lünen“ zu bestätigen und/oder aussagekräftig nachzuweisen.

Die Nichtvorlage eines anerkannten unabhängigen Zertifikats und/oder eine wissentlich falsche Erklärung kann den Ausschluss vom Vergabeverfahren bzw. eine fristlose Kündigung zur Folge haben.

Die Verpflichtungen müssen auch von ggf. eingesetzten Nachunternehmen eingehalten werden. Diese sind daher dementsprechend zu verpflichten. Auf Verlangen sind von den Nachunternehmen die gleichen Nachweise vorzulegen. Verstöße von Nachunternehmen werden dem Auftragnehmer zugerechnet.